

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Wissen, Kreativität und Wirtschaft bündeln – Masterplan Dienstleistungen aufstellen

Das Land Bremen stellt mit seinen beiden Städten Bremen und Bremerhaven einen starken Wirtschafts- und Wissenschaftsstandort dar. Bremen und Bremerhaven haben die Herausforderungen des Strukturwandels bisher herausragend bewältigt und sich in den vergangenen Jahren als leistungsfähige Industrie- und Logistikstandorten weiterentwickelt. Dabei kam und kommt es zu deutlichen Verschiebungen der wirtschaftlichen Aktivitäten und zu einem Wandel, der auch mit grundlegenden Veränderungen in den Belegschaften einhergeht. Wo früher klassische gewerbliche Tätigkeiten des produktiven Sektors im Mittelpunkt standen, kommt es zunehmend auf wissensbasierte Tätigkeiten und Dienstleistungen an.

Dem Land Bremen ist es gelungen, entlang der bestehenden Cluster um Luft- und Raumfahrt, Windenergie und Maritime Wirtschaft/Logistik sowie dem Automotive-Sektor neue Betriebe und Institute anzusiedeln. Diese wissensorientierten Unternehmen stärken den Standort Bremen nachhaltig, sind Garanten für Wachstum und Beschäftigung und machen Bremen weniger krisenanfällig. Gleichzeitig steigern sie die Wettbewerbsfähigkeit hiesiger Betriebe durch enge Vernetzungen und einen regelmäßigen Austausch untereinander.

Unter anderem mit dem Start-Haus hat Bremen auf den Strukturwandel reagiert und gute Bedingungen für die Weiterentwicklung der Start-Up-Szene geschaffen. Und auch der aktuelle Entwurf des Wissenschaftsplans bietet wichtige Möglichkeiten der Weiterentwicklung von technologie- und wissensorientierten Dienstleistungen und Betrieben im Land Bremen.

Wissensintensive Dienstleistungen sind ein Wachstumsmotor für den regionalen Arbeitsmarkt. Ein Zuwachs der Beschäftigten in diesen Wirtschaftszweigen von über 22 Prozent seit 2007 zeigt dies. Damit hebt sich die Entwicklung nochmals deutlich vom Rest des Arbeitsmarktes ab – obwohl sie auch bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt mit einem Plus von fast 14 Prozent seit 2007 erfreulich dynamisch verlief. Der wachsenden Bedeutung der Wissensorientierten Dienstleistungen und ihrer Rolle für den Wirtschaftsraum muss mit wirtschaftspolitischer Unterstützung und Einbindung in die regionale Wissenschaftspolitik Rechnung getragen werden.

Von besonderer Bedeutung für Bremen ist der Bereich der technischen Beratung und Forschung. Hier sind über 11.000 Menschen beschäftigt. Diese Zahl hat sich seit 2007 beinahe verdoppelt. Diese positive Entwicklung gilt für Bremen und Bremerhaven.

Besonderes Gewicht fällt der Forschung und Entwicklung zu. Während in der Stadt Bremen maßgeblich Ingenieursdienstleistungen für das Beschäftigungswachstum gesorgt haben (von rund 3.000 auf 6.000), hat sich die Beschäftigung in der technischen Forschung und Entwicklung – getrieben von einem starken Wissenschaftsbereich – sowohl in Bremen wie in Bremerhaven außerordentlich positiv entwickelt: in der Seestadt von rund 700 auf 1.300, in Bremen von 700 auf 1.700 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte seit 2007.

Die künftige Herausforderung wird es sein, die Attraktivität für die Ansiedlung wissensorientierter Dienstleitungen in Bremen und Bremerhaven weiter zu erhöhen. Dies gilt sowohl mit Blick auf die Entwicklungschancen entlang der bestehenden Cluster, als auch mit Blick auf die Möglichkeit, neue Kompetenzfelder zu besetzen und die Standorte Bremen und Bremerhaven noch breiter aufzustellen. Ein möglicher Ansatzpunkt könnte hier etwa eine Ausweitung im Bereich IT-Technik, Medizintechnik und Labortechnik sein. Dabei gilt es die Chancen, die sich aus dem Strukturwandel ergeben wahrzunehmen, vorhandene Kompetenzen noch besser zu bündeln und die Standorte Bremen und Bremerhaven gezielt weiterzuentwickeln. Wirtschaft und Wissenschaft im Land Bremen bieten dafür hervorragende Voraussetzungen.

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. einen „Masterplan Dienstleistungen“ zu entwerfen und darin insbesondere dazulegen:
 - a. welche Schwerpunkte der Senat vor dem Hintergrund des strukturellen Wandels hin zu wissensintensiven Dienstleistungen für besonders entwicklungsfähig hält und mit welchen konkreten Maßnahmen er diese unterstützen wird;
 - b. welche Rolle die Bildungseinrichtungen im Land Bremen in diesem Zusammenhang spielen können, insbesondere mit Blick auf die Universität, die Hochschulen und die Berufsschulen;
 - c. welche Möglichkeiten der Senat sieht, um die Vernetzung von Wissenschaft und Wirtschaft sowie von Unternehmen untereinander zu fördern;
 - d. welche Möglichkeiten der Senat sieht, um insbesondere auch den Anteil von Frauen im Bereich Forschung und Entwicklung weiter zu stärken und zu erhöhen;
 - e. welche Flächen für weitere Ansiedlungen von wissens- und dienstleistungsorientierten Unternehmen entlang der bestehenden Cluster um Luft- und Raumfahrt, Windenergie und Maritime Wirtschaft/Logistik, aber auch darüber hinaus zur Verfügung stehen;
 - f. welche angebotsorientierten Qualifizierungsangebote es in diesem Zusammenhang im Land Bremen gibt und wie diese weiter ausgebaut werden können;

- g. welche Rolle das Land Bremen im überregionalen Marketing einnehmen kann, um hiesige Unternehmen im Wettbewerb um Fachkräfte noch besser zu unterstützen;
 - h. ob der Senat in der Schaffung bzw. Ausweitung von Risiko- und Zuschussfinanzierungen Handlungsmöglichkeiten sieht, um den Bereich Forschung und Entwicklung zu fördern;
 - i. welche Chancen sich durch die Nutzung von IT und insbesondere Künstlicher Intelligenz (KI) für die wissensintensiven Dienstleistungen ergeben und wie bremische Unternehmen dadurch profitieren können.
2. den „Masterplan Dienstleistungen“ der zuständigen Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen binnen sechs Monaten nach Beschlussfassung vorzulegen.

Dieter Reinken, Andreas Kottisch, Arno Gottschalk,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Robert Bücking, Dr. Henrike Müller, Dr. Maike Schaefer
und Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN